

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 4

Artikel: RP 77 : die Attacken von "Rude Pravo" gleichen jenen von 1952 bis zum Wortlaut
Autor: Stepanek, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094864>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Stepanek

RP 77

Die Attacken von «Rude Pravo» gleichen jenen von 1952 bis zum Wortlaut

Als Jan Masaryk nach dem Zweiten Weltkrieg und vor der kommunistischen Machtübernahme Aussenminister der Tschechoslowakei war, sagte er zu seinem Privatsekretär Viktor Fischl:

«Wenn ich mir von der Regierungsbank aus unsere Parlamentsabgeordneten ansehe, wird mir übel. Wie folgsam heben sie die Pfötchen. Ich möchte den ersten umarmen, der auch nur das geringste Zeichen eines selbständigen Denkens andeuten würde... aber ich kann nicht einen einzigen finden. Immer, wenn ich in das Parlament gehe, bin ich sehr traurig. Was ist das nur für ein Parlament ohne Opposition...?»

Jan Masaryk 1948: Mich müssten sie auf jeden Fall nach Sibirien schicken (man warf ihn dann einfachheitshalber aus dem Fenster)

Jan Masaryk drückte 20 Jahre vor dem «Prager Frühling 1968» das politische Credo der Dubcek-reformer genau und leicht verständlich aus. Er bestritt nicht, dass die Kommunisten für das Wohl der Werktätigen hier und da etwas getan hätten. Aber er war gleichzeitig überzeugt, dass «... wir das alles ein wenig später auch ohne ihre (der Kommunisten) Hilfe getan hätten...». Jan Masaryk musste immer, wie er sagte, an die Freiheiten denken, die für die Erfolge der KP geopfert wurden.

«Auch wenn ich alles schlucken würde», sagte er einmal kurz vor dem Februarputsch der KPTsch im Jahre 1948, «was jemals Marx und Engels, Lenin und Stalin und alle anderen Päpste und Kardinäle (des Kommunismus) zusammengeschrieben haben, mich müssten sie doch nach Sibirien schicken oder bei der ersten Säuberung liquidieren. Nie würde ich die Methoden hinunterschlucken, die sie anwenden und offenbar an-

wenden müssen, um das alles praktisch durchführen zu können. Ich würde mich immer und immer wieder fragen: Steht dieser Preis dafür? Steht er für alle die Tausende und Millionen unglücklicher Menschen? Steht er für die gestohlene Freiheit? Mich müssten sie aufhängen. Es wäre viel zu schwer für sie, mich zu überzeugen...»

Alle diese Fragen sind in der Tschechoslowakei im dreissigsten Jahr nach dem bisher noch immer nicht aufgeklärten tödlichen «Fenstersturz» Jan Masaryks heute recht aktuell. Sie werden gestellt. In Manifesten, in unterschriebenen Appellen adressiert an die höchsten Partei- und Regierungsbehörden, an internationale Kultur-gremien und wissenschaftliche Institutionen, an das Gewissen der Welt, klingt noch immer das Reformprogramm des «Prager Frühlings 1968» durch, die Forderung nach der Realisierung eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz. Die Tschechen fordern für sich die unabdingbaren, unveräusserlichen Grundrechte des Menschen, die auch die offiziellen Vertreter der Tschechoslowakei zusammen mit 34 anderen Staaten einschliesslich der Sowjetunion im August 1975 in Helsinki ausdrücklich anerkannt haben.

Die Unterzeichner der Charta 77, eines Manifestes, das bereits sowohl in der Tschechoslowakei als auch (aber anders) in der demokratischen freien Welt gleiche Schlagzeilen macht wie die seinerzeit berühmten 2000 Worte von Ludvik Vaculik (27. Juni 1968), fordern vor allem die vorbehaltlose Realisierung der Menschenrechte: Rede- und Äusserungsfreiheit, freien Empfang und Mitteilung von Informationen, Bewegungsfreiheit für einen jeden Bürger, das Recht, sein Land nach Belieben zu verlassen und wieder in seine Heimat zurückzukehren... Aber die Massenmedien der Tschechoslowakei bezeichnen die Unterzeichner der Charta 77 als Schiffbrüchige, als selbsternannte Volkstribunen, als Konterrevolutionäre.

Als Konterrevolutionäre am liebsten Juden

Ein Redaktionsartikel, der nur mit den Initialen RP (für «Rude Pravo») unterschrieben ist, eröffnet in mehr als 3000 Wörtern den Feldzug gegen gut 300 tschechische Intellektuelle, die (bisher) die Charta 77 unterschrieben haben.

Das Manifest wird in compactu, ohne auch nur ein einziges Wort davon zu zitieren, als «Pamphlet einer kleinen Gruppe bankrotter tschechoslowakischer Reaktionäre und bankrotter Organisatoren der Konterrevolution 1968» bezeichnet. Das «Prager Manifest 1977», so «Rude Pravo», wurde im Auftrag antikommunistischer Imperialisten und (schon wieder die Juden) zionistischer Zentralen verfasst und gewissen westlichen Nachrichtenagenturen zugestellt...

Nach dieser globalen Anschuldigung folgt, genau nach dem Vorbild der Vorbereitung der politischen Schauprozesse in den fünfziger Jahren, die Aufforderung an den Generalstaatsanwalt und den Sicherheitsdienst, ihres Amtes zu walten. Es wird nämlich eine Reihe von Vorwürfen, Beschuldigungen und bereits präzisiert formulierter Anklagen erhoben, ohne wiederum auch nur einen einzigen, kürzesten zusammenhängenden Satz aus der Charta 77 zu zitieren!

Der tschechoslowakische Staatspräsident und Generalsekretär der KPTsch, der Jurist Dr. Gustav Husak, benützt in seiner «Anklageschrift» gegen

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

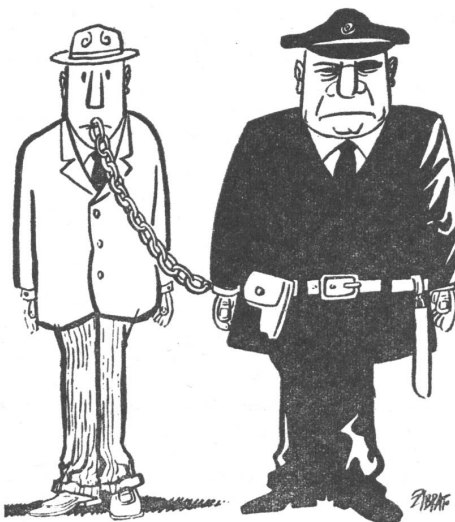
die Signature der Charta 77 das gleiche Vokabular wie seine Vorgänger auf der Prager Burg, die Arbeiterpräsidenten und absoluten juristischen Laien Klement Gottwald, Antonin Zapotocky und Antonin Novotny. «Sie greifen uns deshalb an», sagte Husak auf dem 15. Kongress der KPTsch (1976), «weil wir den Sozialismus auf der Grundlage des Leninismus aufbauen, einen Sozialismus, der in unserer Praxis alle edlen, fortschrittlichen und humanen Ideale verkörpert...» (Allein während der Herrschaft von Klement Gottwald [1948—1953] wurden in der Tschechoslowakei mehr als 16 000 Tschechen und Slowaken wegen «politischer Verbrechen» eingesperrt, 233 Todesurteile gefällt, 178 von ihnen vollstreckt. Nach dem Prager Frühling 1968 wurden bereits einige hundert Tschechen und Slowaken zu Freiheitsstrafen wegen «politischer Vergehen» verurteilt, gesellschaftlich, politisch und finanziell völlig liquidiert).

Auch der einfache Mann auf der Strasse in der Tschechoslowakei ist sich bewusst, dass in seiner Heimat seit dem 21. August 1968 die grundsätzlichen, in der Verfassung gewährleisteten Menschenrechte nur auf dem Papier bestehen. Die im Prager Frühling 1968 aufgehobene Zensur der Massenmedien wurde wieder eingeführt. Ausreisewilligungen, selbst in das verbündete sozialistische Ausland, werden nur sorgfältig ausgewählt und streng überprüften Personen erteilt. Tschechoslowakische Polizei- und Justizorgane sind nicht an das Gesetz und ihr Gewissen gebunden, wie es das Grundgesetz der Tschechoslowakei vorschreibt, sondern an Aufträge und Anordnungen des ZK der KPTsch.

Vom «Kriminalfall» Josef Grohmann – nahtlos zu den Charta-Leuten

Von zahlreichen Fällen zitiere ich nur einen, den «Fall Ing. Josef Grohmann». Am 6. Januar 1977 wurde dieser Mann in «Rude Pravo», obwohl der Untersuchungsrichter den wegen «Spionage zugunsten westlicher Imperialisten und des Weltzionismus» verhafteten Grohmann noch nicht einmal gesehen hatte, als «überführter» Spion der westlichen Imperialisten und des Weltzionismus bezeichnet!

Ebenso werden 14 Millionen Tschechen und Slo-



Aus «Rewue», Belgrad, Nr. 10/1976

waken aufgefordert, etwas zu denunzieren, anzuzeigen und zu verurteilen, was sie in tschechoslowakischen Massenmedien nicht gelesen, gehört oder gesehen haben! Dafür werden aber mit vollem Namen führende tschechische Intellektuelle als «buntes Mosaik menschlicher und politischer Wracks» angeführt, die im Auftrag imperialistischer und zionistischer Zentralen die Charta 77 im Westen publiziert hätten.

Ein Sätzchen mit Einteilung aus «Rude Pravo»

Zu den «politischen Wracks» gehören, so «Rude Pravo», Vaclav Havel, das Kind einer Millionärsfamilie, der eingefleischte Antisozialist Pavel Kohout (beide sind nach dem Zweiten Weltkrieg im Osten und im Westen die populärsten tschechischen Bühnenauctoren), der «treue Diener» des Imperialismus und bankrotte Politiker Dr. Jiri Hajek (Aussenminister der CSSR im Prager Frühling 1968, bezeichnete am 21. 8. 1968 in der UNO den Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei als Aggression und eklatanten Bruch des Völkerrechts und der Bestimmungen des Warschauer Pakts), Ludvik Vaculik, der Autor der konterrevolutionären «2000 Worte», Venek Silhan, eine vorgeschobene, armselige Figur des Blocks konterrevolutionärer Kräfte (Hochschulprofessor für Oekonomie, im Prager Frühling 1968 kurze Zeit Vertreter Alexander Dubceks), Dr. J. Patocka, der sich für den Dienst des Antikommunismus anwerben liess (Hochschulprofessor für Philosophie), Dr. Prokop Drtina, der Repräsentant der Vorfebruarreaktion (Justizminister vor dem Februar-Putsch der KPTsch, Spitzenfunktionär der Tschechischen Sozialistischen Partei), und der notorische Reaktionär Prof. Vaclav Cerny, der durch seinen (angeblichen) Ausspruch über «Strassenlaternen» berühmt wurde, an denen im Jahre 1968 aufrichtige Anhänger des Sozialismus aufgehängt werden sollten; dann anarchistische, trozkistische Individuen vom Typ eines Uhl (Uhl und 18 andere Angeklagte wurden in einem politischen Schauprozess wegen Unterstützung der Dubcek-Reformer zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt) und auch diejenigen, die die Religion zu reaktionären politischen Zwecken missbrauchen wollen und für konkrete staatsfeindliche Tätigkeit in den letzten Jahren rechtskräftig verurteilt wurden . . .

Gottwalds Worte ohne ihren goldigen Schluss

Das seinerzeitige Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, Dr. Frantisek Kriegel, der als einziger der Partei- und Regierungsdelegation das Protokoll über die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei am 26. August 1968 in Moskau nicht unterschrieb, trotz psychologischer Drohung und physischer Misshandlungen (als erster unterschrieb General Ludvik Svoboda die Kapitulation, nach ihm Dubcek und Smrkovsky), wird nun in der «Anklageschrift» von «Rude Pravo» nicht mehr als «Rechtsoportunist und Abweichler vom Marxismus und Leninismus», sondern als «engster Verbündeter der schwärzesten antikommunistischen Reaktion» und als «internationaler Abenteurer» bezeichnet. Diese Beschuldigung des jüdischen Arztes und tschechischen Spanienkämpfers ist wörtlich aus der Anklageschrift im «Slanskyprozess 1952» gegen die «Bande und Agenten der westlichen Imperialisten und des Weltzionis-

Wenn sie wandern...

Eine bemerkenswerte ungarische Darstellung zu unserer Mobilität der Arbeitskräfte

Rückblick auf den Beginn der siebziger Jahre: Als die Arbeiter auf der Suche nach höheren Löhnen zu wandern begannen, erhoben die Unternehmen ein grosses Geschrei wegen der dadurch bedingten Verluste, aber sie waren nicht bereit, auch nur einen Bruchteil davon für Lohnerhöhungen, soziale Leistungen oder verbesserte Arbeitsbedingungen aufzuwenden, um die Leute so im Betrieb zu halten. So schilderte die «Budapester Rundschau» (23. 11. 1976) die Verhältnisse im Westen. Aber nein, so schilderte sie die Verhältnisse im eigenen Land. (Der Vermerk «zu unserer Mobilität der Arbeitskräfte» im Untertitel bezieht sich dann halt auf unsere europäischen Verhältnisse, wobei allerdings die kapitalistischen Unternehmer, als sie gestern die ungarischen Sorgen von heute hatten, tatsächlich mit den Löhnen hinaufgingen.)

Die ungarische Darstellung ist also wirklich bemerkenswert, sowohl in ihrem Inhalt als auch in ihrer Offenheit. Wir bringen daraus zwei Auszüge.

Denken wir nur daran, dass auch heute noch 22 Prozent der erwachsenen Bevölkerung das tägliche Brot in der Landwirtschaft verdienen, in manchen ausgesprochen landwirtschaftlichen Gebieten ist diese Zahl noch höher, und zwar 35 Prozent bis 50 Prozent. In den industriell entwickelten Ländern genügen 3—5 Prozent der Beschäftigten, um die Bedürfnisse der Landwirtschaft an Arbeitskräften zu befriedigen, wobei die Erträge der landwirtschaftlichen Produktion wesentlich höher sind als bei uns.

Zweifellos ist es wahr, dass es heute nicht mehr so einfach ist, Arbeitskräfte aus landwirtschaftlichen Gebieten zu gewinnen. Heute kostet dies weit mehr als Anfang oder Mitte der sechziger Jahre, als Arbeitskräfte massenweise in die industrialisierten Landesteile strömten. Will man heute Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft freibekommen, geht dies wohl nur um den Preis von bedeutenden technischen Entwicklungen. Komplexe Maschinensysteme müssen allgemein eingeführt werden, insbesondere bei arbeitsintensiven Kulturen wie Zuckerrüben, Tabak, Gemüse, Obst und Weinbau, gleicherweise in der Viehzucht. Die Kosten belaufen sich heute per Arbeitskraft auf 150—300 000 Forint. Bei einem späteren Absinken der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräfte auf 10 Prozent können diese Kosten auf 400—500 000 Forint ansteigen.

Es wird oft betont, dass unsere Volkswirtschaft seit 1968 in ihre intensive Periode getreten ist, die eine andere Anschauungsweise und andere Methoden erfordert als die extensive Periode. Das ist ganz richtig. Aber die Ansprüche an die Arbeitskräfte spiegeln auf den meisten Arbeitsplätzen noch immer Verhaltensweisen wider, die von Gewohnheiten bestimmt sind, die ihre Wurzel in der

«mus» abgeschrieben. Nur die Namen sind geändert!

Diese beleidigten politischen Bankrotteure hätten schon einmal, so «Rude Pravo» warnend, ihren verdienten Lohn empfangen. Heute gelte noch immer die Losung Gottwalds: «Wir werden es nicht zulassen, dass die Republik in ein Chaos gestürzt wird.»

Das Gottwald-Zitat ist nicht vollständig. «Rude Pravo» liess diplomatisch-taktisch den Schlusssatz aus. Er lautet: «Die Tschechoslowakei ist nicht Jugoslawien, und Gottwald ist nicht Tito.»

extensiven Periode haben. Man sucht Arbeitskräfte, man fordert sie sogar energisch, ohne zuerst im eigenen Wirkungskreis die Arbeitskräfte-reserven aufzudecken, durch die Modernisierung der Produktionsstruktur, die Aenderung der Technologie, die Verbesserung der Betriebs- und Arbeitsorganisation, die vorhandenen Arbeitskräfte besser zu nutzen. Theoretisch ist es für jedermann klar, dass die Freistellung von Arbeitskräften aus diesem oder jenem Sektor immer mehr Geld kostet, trotzdem widmet man der Frage zuwenig ernsthafte Aufmerksamkeit, ob man diese wertvollen Arbeitskräfte in der Produktion mit der nötigen Effektivität einsetzt. (. . .)

Bedeutende Reserven können aus der sinnvollen und periodischen Umgruppierung der Arbeitskräfte der verschiedenen Produktionszweige genommen werden. Man darf den Arbeitskräftebestand der einzelnen Wirtschaftszweige nicht unabhängig voneinander behandeln. Wir haben uns noch nicht an die schnelle Anpassung, an die Impulse der Marktlage gewöhnt, auch nicht an das Auf und Ab, an die Fluktuation der Beschäftigung der Arbeitskräfte. Wenn bei uns der Bestand an Beschäftigten in Bewegung kommt, selbst wenn dies den Veränderungen der Produktionsaufgaben entspricht, so halten viele dies für ein Zeichen der Planlosigkeit, der übertriebenen Spontanität.

Die ersten Zeichen von Panik konnte man 1970 registrieren, als einige Unternehmungen deshalb ein grosses Geschrei erhoben, weil Arbeitskräfte auf der Suche nach höheren Löhnen zu wandern begannen. Viele waren der Meinung, dass durch das Abwandern einer einzigen Arbeitskraft das Unternehmen einen Verlust von 8000 bis 10 000 Forint (später hiess es sogar 30 000-40 000 Forint) erleide, aber niemand war bereit, nur einen Bruchteil dieses Verlustes für Lohnerhöhungen, für soziale Massnahmen oder für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verwenden und so die Arbeitskräfte fester an das Unternehmen zu binden. Später wurde es klar, dass man nicht die Arbeitskraft an den Arbeitsplatz zu binden versuchen soll. Gestaltet man hingegen den Arbeitsplatz, die Arbeitsumstände, den Lohn in einer Weise, dass sie für den Arbeiter anziehend sind, dann wird er nicht von einem Betrieb zum andern wandern. Man darf auch nicht vergessen, dass die Bewegung in der Zahl der Beschäftigten in gewissen Fällen nicht nur Nachteile, sondern auch Vorteile hat. ■